

Große Anfrage

der Fraktion der SPD

betr. Entwicklungspolitik der Bundesregierung

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Fortschritte hat die Koordinierung der Entwicklungshilfe im Bereich der Bundesministerien bisher gebracht, und welche Vereinfachungen des Verfahrens bei der Bearbeitung von Anträgen und Vorgängen der Entwicklungshilfe wurden durch die Neueinrichtung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Vergleich zur bisherigen Kompetenzverteilung erreicht?
2. Ist die Bundesregierung bereit, bei neuen Zusagen an Entwicklungsländer darauf zu achten, daß die rechtzeitige Erfüllung früherer Zusagen gewährleistet bleibt?
3. Berechtigen die bisherigen Erfahrungen der Kapitalhilfe an den Prinzipien der Rahmenzusagen und der Lieferungebundenheit festzuhalten?
4. Welche konkreten Vorstellungen hat die Bundesregierung von der Aufbringung der Mittel für bereits zugesagte und noch weitere deutsche Leistungen der Entwicklungshilfe?
5. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Importe aus Entwicklungsländern wesentlich zu fördern?
6. Welches Verhältnis zwischen Kapitalhilfe einerseits und Bildungs- und Sozialhilfe andererseits in den Planungen für die Entwicklungshilfe wird von der Bundesregierung angestrebt?
7. Wie ist für eine Koordinierung der Bildungs- und Sozialhilfe des Bundes mit den Vorhaben der Länder gesorgt?
8. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in die Wege geleitet, um dem Auftrag des Bundestages zu entsprechen, der am 14. Juni 1961 einstimmig einen Antrag der Fraktion der SPD angenommen hat, die Fragen der sozialen Sicherung aller für die Entwicklungshilfe im Ausland tätigen Personengruppen gesetzlich zu regeln?
9. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um diejenigen Personen, die sich um eine dauernde oder vorübergehende Verwendung bei deutschen Entwicklungshilfeporhaben bewerben, ihren Aufgaben entsprechend auszubilden?

Bonn, den 26. Juni 1962

Ollenhauer und Fraktion